

## Kampffeld Repräsentation

"Die gute und die schlechte Regierung"

(Ambrogio Lorenzetti, Fresken im Palazzo Pubblico, Siena)

"Regierung ist nicht die Lösung, sondern das Problem"

(Ronald Reagan)

Im Nachfolgenden soll versucht werden aufzuzeigen, wie politische Prozesse entstehen und wo Ansätze einer alternativen Politik möglich wären. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den generativen Prinzipien von Repräsentation und nicht so sehr auf Beschreibungen inzwischen bekannter neoliberaler Produkte der politischen Prozesse.

Im Französischen kann die Kategorie représentation dreierlei bedeuten: Vorstellung, Darstellung und Stellvertretung. Alle drei Bedeutungen spielen bei einer Repräsentation im politischen Feld mit hinein.

Analog zu diesen Bedeutungen sollen drei Punkte behandelt werden:

1. Vorstellungen - Sichtweisen und Deutungen sozialer und gesellschaftlicher Verhältnisse, Konzepte und politische "Angebote" als Wahrnehmungs- und Denkschemata;
2. Darstellung - die symbolische Wirksamkeit von Realitätskonstruktionen;
3. schließlich Stellvertretung - als metonymische Verhältnisse zwischen Sprechenden und einer Gruppe, für die "gesprochen" wird, in denen die Sprechenden immer Part derjenigen Gruppe bleiben, für die sie sprechen.

### I. Das politische Feld

Ort von Repräsentation und sozialer Handlungsraum ist das politische Feld, ein relativ autonomer sozialer Mikrokosmos innerhalb des gesellschaftlichen Raumes als Ganzen. Das politische Feld kann als ein Feld mit einer eigenen Logik betrachtet werden, das zwar relativ abgeschottet, aber dennoch offen ist - wie anders ließen sich auch Einflussmöglichkeiten denken, die ja durchaus bestehen. Bourdieu vergleicht das politische Feld mit einem "Spielfeld", das eigene "Spielregeln" besitzt. Um das Spielfeld betreten zu können, sind relativ hohe Eintrittshürden zu überwinden und vor allem die Spielregeln zu beherrschen. Die Voraussetzung am Spiel teilnehmen zu können, insbesondere an privilegierten Positionen, sind Qualifikationen besonderer Art: nicht nur kulturelle und soziale Kompetenzen, sondern auch Kenntnisse über die Geschichte des politischen Feldes, die nur in einem langen Prozess politischer Aktivitäten erworben werden können. (Zur Illustration seien zwei herausragende Beispiele erwähnt, nämlich die langen, ganz unterschiedlichen politischen Karrieren von Angela Merkel als "Kohls Mädchen aus dem Osten" bis zur Bundeskanzlerin, oder Gerhard Schröder vom ehemaligen Mitglied eines Göttinger linken Juso-Zirkels zum Bundeskanzler). Akteure des politischen Feldes, oder Spieler eines Spiels, um im Bild zu bleiben, glauben immer an das Spiel und seine Spielregeln - ihre *illusio* (Bourdieu) lässt sie hoffen, dass sich ihr Einsatz lohnt. "Das politische Spiel kennt keinen größeren Imperativ als die (...) grundsätzliche Einwilligung in das Spiel selbst, *illusio* (...) die Investition in das Spiel, die gleichzeitig ein Produkt des Spiels und die Bedingung für das Funktionieren des Spiels ist." (Bourdieu 2001: 78)

Jedes Feld ist als hierarchisch strukturierter sozialer Raum mit konstanten Ungleichheitsbeziehungen zu denken. Die Beziehungen in einem (politischen) Feld werden durch wechselnde Kräfteverhältnisse bestimmt und die privilegierten Positionen, die Einfluss und symbolische Macht bieten, sind hart umkämpft. Ein Feld als einen hierarchisch strukturierten sozialen Raum zu betrachten, eröffnet einen Blick für Unsichtbares - für die verborgene Mechanismen, welche Machtpositionen und Feldstärken (Bourdieu) konstituieren, wichtig für Handlungsoptionen auch über die Feldgrenzen des Politischen hinaus. Alle führenden Politiker pflegen ein weitgefächertes Netzwerk, Kontakte zu Vertretern der Ökonomie, der Medien, internationaler Institutionen etc. Eine erfolversprechende Teilnahme am Kampf um privilegierte Positionen erfordert einiges mehr als nur Bravour. Ob und wie sich jemand positionieren kann, hängt davon ab, was derjenige "investieren" kann, wie viel Kapital jemand besitzt. Ein Erfolg, so Bourdieus These, hängt davon ab, ob politisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital "investiert" werden kann.[1]

Die hierarchischen Strukturen des politischen Feldes resultieren aus den strukturierenden Relationen der Akteure und deren symbolischen Effekten. Von dauerhaften Essentialitäten kann also keine Rede sein, im Gegenteil sie verändern sich je nach Feldstärken der unterschiedlichen politischen Kräfte sowohl im engeren parlamentarischen als auch im größeren außerparlamentarischen Raum.

In den letzten Jahrzehnten zeichnete sich eine Tendenz ab, dass auch die Medien jeweilige Kräfteverhältnisse und die hierarchischen Strukturen im politischen Feld entscheidend beeinflussen können. Im Mittelpunkt steht dabei der Einsatz von symbolischer Macht auf beiden Seiten: Die Journalisten wählen als Interviewpartner fast ausschließlich Spitzenpolitiker (wenn opportun auch mal "Abweichler"); Spitzenpolitiker unterhalten sich in der Regel nur mit

ausgewiesenen politischen Journalisten. Die Akteure handeln jeweils entsprechend den Logiken ihrer Felder und deren feldspezifischer Konkurrenzbeziehungen. Die meisten Medien, auch Qualitätszeitungen und öffentliche Sender, kopieren inzwischen Mechanismen der Boulevardpresse: wer die bekanntesten celebrities vor die Kamera holen oder von ihnen ein paar "Neuigkeiten" drucken kann, erzielt einen Konkurrenzvorsprung. Auch Spitzenpolitiker sind ebenso wie andere Berühmtheiten Quoten- oder Auflagenverdächtig. Deshalb müssen ihre Statements kurz, prägnant und schnell zitierbar sein. Komplizierte Begründungen sind für diese Art vordergründigen Journalismus ungeeignet. Auf der anderen Seite steigert sich umgekehrt der Bekanntheitsgrad von Spitzenpolitikern, je öfter und je populistischer sie in den Medien in Erscheinung treten. Medienauftritte können symbolisches Kapital mehren und steigern symbolische Macht, was im übrigen auch für die Journalisten zutrifft. Die Effekte dieser spezifische Beziehungen zwischen führenden Politikern und Spitzenjournalisten sind besonders wirkungsvoll, weil zwischen beiden Feldern, dem der Medien und dem politischen Feld, die Eigenart einer strukturellen Homologie besteht: obwohl sie verschieden sind, bleiben sie dennoch vergleichbar; d.h. die hierarchischen Strukturen beider Felder ermöglichen ein sich beidseitig begünstigendes Verhältnis. Kontakte zu wichtigen Politikern sind auch den Karrieren von politischen Journalisten zuträglich.

Die Wirkung auf die Genese politischer Prozesse ist negativ und fördert autoritative und undemokratische Tendenzen. Ein allseits zu beobachtender "neuer" Politikstil ist eine Mischung aus bloßen politischen Statements und Erklärungen ohne eine Replik in den Medien zuzulassen und autoritärem Regierungsstil: Wenn politische Prozesse auf in Medien verkündete faits accomplis reduziert werden, kann nur noch der Eindruck von Willkür entstehen und in der Tat scheint vieles, was verkündet wird, nur für kurze Zeitläufe Gültigkeit zu besitzen, wie fast tägliche Änderungen und "Rückzieher" von Äußerungen zeigen. Bekanntlich war Schröders Politikstil ausgesprochen dezisionistisch, die anderen Regierungsmitglieder, mit Ausnahme des Finanzministers, waren mehr oder weniger zu Befehlsempfängern degradiert. "Ich", der Kanzler, "fahre in meinem Reformkurs fort". Veränderungen sind kaum zu erwarten. Mit dieser Form von Medienpolitik bricht sich eine "neue Form des Zentralismus" (Richard Sennett) Bahn: "Wie in der Wirtschaft (so verfügen) auch in der politischen Sphäre einige wenige Spitzenpolitiker über sehr weitgehende Entscheidungsmacht... (Ein) Ergebnis der Schwäche der Mitgliederparteien und der angestrebten Beschleunigung der Entscheidungsfindungsprozesse. In diesem System gilt, je weniger mitentschieden wird, umso besser. In den USA und in Großbritannien kann man das auch an dem deutlichen Machtverlust der Kabinettsmitglieder nachweisen" (Richard Sennett 2005). Eine neo-liberale Reformpolitik, die breiten Bevölkerungsschichten nicht deren Lebensverhältnisse verbessernde Maßnahmen, sondern Verschlechterungen zumutet, scheint konsequenterweise autokratisch sein zu müssen.

Das politische Feld ist vom Prinzip her, was seine historische Genese anbetrifft, ein Ort der Repräsentation allgemeiner gesellschaftlicher und nicht partieller Interessen. Dies bezieht sich sowohl auf die inhaltliche Politik als auch auf die Sprecher, die, den Belangen der Zivilgesellschaft verpflichtet, an politischen Prozessen und Diskursen aktiv teilhaben. Um dies gewährleisten zu können, charakterisiert das politische Feld auch ein relativ hoher Grad an Autonomie und Homogenität. Nur so konnte erreicht werden, dass allmählich staatliche Einrichtungen des Gemeinwohls und allgemein akzeptierte Regelwerke gesellschaftlicher Verkehrsformen geschaffen wurden als Resultat parlamentarischer Legislative und Exekutive. Die sich herausbildende Autonomie richtete sich gegen eine willkürlicher Herrschaft heterogener Akteure aus anderen Feldern, die, anderen Logiken als der des gesellschaftlichen Allgemeinwohls gehorchend, partielle Interessen vertraten, wie z.B. die der Ökonomie oder der Kirche oder des adligen Großgrundbesitzes.

Dank dieser Besonderheit des politischen Feldes konnten allmählich auch Sprecher unterer Bevölkerungsschichten (Akteure linker Parteien, sozialer Bewegungen und Gewerkschaften, kritische Publizisten und Künstler) im politischen Feld als in einem öffentlichen Forum repräsentiert sein. Zu Angelegenheiten des "Allgemeinen" der sozialen Verhältnisse konnten so die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft erklärt werden. Institutionen des Gemeinwohls wie Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, Kulturstätten, Gesundheitswesen, sozialer Wohnungsbau, öffentliche Vorsorge und soziale Versicherung für Krankheiten und Alter - konnten schließlich, wenn auch in harten Kämpfen, als zivilisatorische Errungenschaften erreicht werden.

Rückblickend konnte möglicherweise eine historisch am weitest entwickelte Form von Repräsentation der Bedürfnisse lohnabhängiger Bevölkerungsschichten unter kapitalistischen Bedingungen in der so genannten Prosperitätsphase - den "goldenen Jahren" (Hobsbawm) - etwa in der Zeit 1950 bis 1970 stattfinden. (Dennoch, ohne Aktivitäten der Gewerkschaften und deren Mitglieder, ohne Mitbestimmung und tarifvertraglich verbrieft soziale Regulationsweisen hätte sich das fordistische Produktions- und Akkumulationsregime nicht bis an seine Grenzen entwickeln können.) So könnte folglich eine Hypothese lauten: je höher der Grad an Autonomie des politischen Feldes, desto demokratischer gestalten sich die Beziehungen und Diskussionen, um so eher sind auch die Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung in Diskursen und politischen Prozessen repräsentiert.

Seit den 1980er Jahren ist die Entwicklung gegenläufig: Mit den Regierungen Reagan und Thatcher setzt die neo-liberale Gegenrevolution ein und liegt auch der Beginn einer Aushöhlung sowohl der Autonomie als auch der

Homogenität des politischen Feldes durch heteronome Kräfte, die neo-liberale politische und philosophische Vorstellungen mehr und mehr ins Spiel bringen. Heteronome Akteure aus anderen Feldern greifen in die politischen Diskurse ein und gewinnen an Einfluss auf die Entwicklung politischer Prozesse. Sprecher der Wirtschaftsverbände im Gefolge ihrer Netzwerkverbindungen und einschlägiger Think-Tanks, oder führende Journalisten der Leitmedien von Bild über FAZ bis Spiegel agieren im politischen Feld, ohne demokratisch legitimiert, geschweige denn rechenschaftspflichtig zu sein. Prinzipien wie Privatisierung oder Wettbewerb, weder dem Gemeinwohl verpflichtet noch solidarisch, gelten inzwischen als das non plus ultra auch für die "Reform" öffentlicher Institutionen und Dienstleistungen. Politische Instrumente wie staatliche Investitionsprogramme, Regulierungen und Lenkung allgemein wirtschaftlicher Prozesse, als vermeintlich gescheiterte keynesianistische Wirtschaftspolitik verteufelt, sind tabuisiert und aus dem Mainstream politischer Diskurse eliminiert. Auch das veränderte politische Kräfteverhältnis und die Feldkonstellationen im engeren wie im weiteren Bereich des politischen Feldes sind Effekte des Einflusses heteronomer Akteure. Politische Gegendiskurse von Linkskräften, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften und deren Sprecher werden entweder diskriminiert oder in Nischen verbannt. Die Stimmen der etablierten Politiker von Regierung und Opposition werden öffentlich wahrgenommen. Sie sind seit langem in die neo-liberalen Elitenetzwerke integriert, längst sind sie Träger des Diskurses neo-liberale Modernisierung. Politische Prozesse und politische Maßnahmen ereignen sich am Parlament vorbei, ohne parlamentarische Diskussion und demokratische Willensbildung. Expertenkommissionen, "pluralistisch" immer auch mit Vertretern der Wirtschaft besetzt, insofern auch sie nicht rechenschaftspflichtig, nehmen de facto die Funktion der Exekutive wahr. Erinnerung sei nur daran, wie die Vorschläge der so genannten Hartz Kommission zur "Modernisierung" des Arbeitsmarktes ohne parlamentarische Korrekturen in die Praxis umgesetzt worden sind. Wenn nicht die Expertenkommissionen die Rolle der Exekutive übernehmen, dann sind es private Stiftungen, deren größte und mächtigste die Bertelsmann-Stiftung<sup>[2]</sup> ist. Diese sind weder von der Regierung eingesetzt noch pluralistisch, sondern sie werden gegebenenfalls regierungsoffiziell oder von anderen Kooperationspartnern beauftragt, um dann mit eigenen Beschäftigten Modernisierungskonzepte für verschiedene öffentliche Institutionen zu entwickeln und gegebenenfalls auch zu realisieren. Durch staatliche finanzielle Mittelzuwendungen und durch Kooperationsbeziehungen mit staatlichen, gewerkschaftlichen oder politischen Einrichtungen nach außen scheinbar legitimiert (wie im Falle der Bertelsmann-Stiftung: Rektorenkonferenz, Hans-Böckler- oder Heinrich-Böll-Stiftung) sind sie einer öffentlichen Kontrolle entzogen. Das spektakulärste Projekt der Bertelsmann-Stiftung ist die Hochschul- und Wissenschafts"reform" (vgl. Barth/Schöller 2005: 1339), deren Veränderungen schwerlich reversibel sein werden.

Paradoxerweise geht die oben skizzierte Heteronomisierung des politischen Feldes mit einer Abschottung gegenüber den "Laien" einher: Die Beziehungen zwischen den politischen Professionellen als gewählte Abgeordnete und den Laien als die sie Wählenden haben sich, je höher die politische Ebene, desto mehr auseinanderentwickelt. Auch die Vermittlungsglieder, die teilweise in traditionellen politischen Parteistrukturen aufgehoben waren, existieren kaum noch. Die führenden Politiker gehen in ihren jeweiligen Konkurrenzbeziehungen auf; sie praktizieren ebenso den in der Gesellschaft weit verbreiteten Individualismus, somit vor allem ihre ganz persönlichen Performanzen in den (Medien-)Öffentlichkeiten. Der ehemalige Bundeskanzler Schröder und sein ehemaliger Vizekanzler Fischer sind hierfür paradigmatisch.

Allerdings bedingt die Logik des politischen Feldes, die nicht mehr in feudalen akklamatorischen Strukturen folgt, dass die professionellen Akteure ihrer jeweiligen Klientel in irgendeiner Weise verpflichtet bleiben müssen. Auf diesem Prinzip gründet letztendlich das parlamentarische System. Noch haben Wahlen einen hohen symbolischen Stellenwert, obwohl die Wahlbeteiligung rückläufig ist und auch trotz um sich greifender Ohnmachtstimmungen in der Bevölkerung, die aus mangelnder Teilhabe an politischen Diskussionsprozessen resultiert. Hierin könnte eine Chance der Linkspartei bestehen, wenn es gelingt, im Verbund mit den sozialen Bewegungen einen Gegendiskurs zum herrschenden Diskurs des Neo-Liberalismus im politischen Feld zu repräsentieren, in den die Vorstellungen und Wünsche der Laien einbezogen sind. Könnten der erstaunliche Zuspruch und die politische Aufbruchsstimmung nicht den Wunsch zum Ausdruck bringen, die politische Entwicklung der sozialen Verhältnisse beeinflussen zu können?

Diese relativ ausführliche Skizze zur Charakteristik des politischen Feldes sollte verdeutlichen, dass dies ein "privilegierter Ort für die Ausübung einer Macht der Repräsentation" (Bourdieu 2001: 82) ist.

## **II. Formen der politischen Repräsentation:**

### Repräsentation als Vorstellung

Wie die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnissen im politischen Feld interpretiert werden, ist von entscheidender Bedeutung, denn soziale Realität offenbart sich uns nicht "an sich" und unmittelbar, sondern wird immer nur als gedeutete wahrgenommen. Selbst "Natur", allemal gesellschaftliche Phänomene werden entweder in Form von tradierten Deutungen oder von aktuellen Interpretationsangeboten des herrschenden gesellschaftlichen Diskurses perzipiert. Dies gilt insbesondere für aktuelle politische und soziale Gegebenheiten. Die meisten

Deutungsmuster, insbesondere solche des alltäglichen Lebens, die aber grundsätzlich für die subjektive Orientierung notwendig sind, werden historisch und kulturell, natürlich unterschiedlich je nach den Lebensverhältnissen, in denen jemand heranwächst, tradiert. Gewohnte Sichtweisen und subjektive Dispositionen, erforderlich um das Alltägliche zu bewältigen, sind sehr zählebig, sie verändern sich, wenn überhaupt, nur allmählich, oftmals kaum bewusst bemerkt.

Einstellungen oder Orientierungen im politischen, insbesondere im aktuell politischen Bereich verändern sich in der Regel kurzfristiger. (Die gesellschaftlichen Verkehrsformen, insbesondere Arbeitstätigkeiten, letztlich mit den Beginn der Industrialisierung bis hin zur I.u.K.-Technologisierung, wandeln sich wesentlich rascher und grundlegender als die alltäglichen Lebensgewohnheiten.) Vergegenwärtigen wir uns, in welcher relativ kurzer Zeit sich der neo-liberale Diskurs zum herrschenden Diskurs profilieren konnte und auch breite Akzeptanz über das politische Feld hinaus gewonnen hat, so scheint offensichtlich, welche Kräfte die Deutungs- und Definitionsmacht im politischen Feld erobern konnten. Interpretationen von sozialen Verhältnissen sind immer auch Orientierungsangebote, insbesondere wenn sich die Verhältnisse rasant verändern und spontan unverstanden bleiben und wenn keine alternativen Orientierungsangebote vorhanden sind.

Die aktuellen, von vielen Menschen auch unmittelbar erfahrenen Veränderungen während der letzten Jahrzehnte sind gravierend, alleine die Verhältnisse auf den Arbeitsmärkten: von einer Situation der relativen Vollbeschäftigung, in der Arbeitsplatzverluste immer wieder aufgefangen werden konnten, hin zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit, für viele ohne jegliche Perspektive. Unter solchen Bedingungen werden Orientierungen und Erklärungen gesucht. Wenn in dieser sozialen Situation neo-liberale Erfolgskonzepte von offiziellen Regierungssprechern, gewichtigen Wirtschaftsbossen, bis hin zu Wissenschaftlern - legitimiert durch die Autorität ihrer Positionen - allorts verkündet werden und zudem ohne vernehmbaren Widerspruch von Gegenkräften bleiben (erinnert sei in diesem Zusammenhang an die massiven Diskriminierungen der Gewerkschaften in fast allen Medien), könnten diese schließlich dominieren allen lokalen Protesten und Widerständen zum Trotz. Als "Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata" (Bourdieu)[3] werden die herrschenden Sichtweisen aufgenommen und in den Habitus der Menschen inkorporiert. Der subjektive Habitus schließlich ist die handlungsgenerierende Instanz der Individuen, welcher auf dem Zusammenspiel von individueller Erfahrungsgeschichte und gesellschaftlichen sozialen Vorstellungen beruht. Der Erfolg eines herrschenden Diskurses besteht darin, dass es ihm gelingt, eine Kongruenz, also eine "übereinstimmende Sichtweise" zwischen subjektiven, aus den biographischen Erfahrungen herrührenden Interpretationen sozialer Verhältnisse und den sich aufzwingenden allgemeinen offiziellen Vorstellungen herzustellen. Hierin schließlich gründet eine (wie auch immer geartete) Akzeptanz nicht zu akzeptierender neo-liberaler Maßnahmen und durch sie herbeigeführter aktueller Veränderungen.

Um eine derartige Übereinstimmung zu bewerkstelligen, bedient sich der herrschende neo-liberale Diskurs vielfältiger Methoden. Einige seien beispielhaft skizziert:

- Umdeutungen von sozialen Kategorien,
- Einsatz von Teilungsprinzipien und
- im Erkennen eines sozialen Problems eine Verkennung erzeugen.

#### a) Umdeutungen

Die Reden von Krise und Reform in ihrer seriellen Erscheinungsform sicherten sich allgegenwärtige Präsenz. Indem der Begriff Reform in einen neuen Kontext (der neo-liberalen Essentials wie freies Spiel der Marktkräfte, Wettbewerb der Tüchtigsten, Effektivität durch schlanke Strukturen etc.) transponiert und als neo-liberale Modernisierung umgedeutet wird, verliert er seine ursprünglich für sozialen Fortschritt stehende Bedeutung. Dennoch ist der Begriff Reform nach wie vor bei vielen Menschen mit Erfahrungen verknüpft, die aus einer Zeit zwischen den 1950 und 1970er Jahren herrühren, in denen auch Dank einer starken Gewerkschaftsbewegung die Lebensverhältnisse durch soziale Reformen tatsächlich verbessert werden konnten. Damals waren Vollbeschäftigung und die Überwindung sozialer Ungleichheiten im Zentrum (sozialdemokratischer und linker) politischer Optionen, sie waren dominante Essentials des politischen mainstreams. Reformen sind im Gegensatz zum gegenwärtigen herrschenden Diskurs als "soziale Phantasmen" (Bourdieu) im Alltagsverstand der meisten Menschen in unserem Land verankert; sie verbinden sich immer noch mit Hoffnungen auf bessere Lebensbedingungen.[4]

Dem neo-liberalen Diskurs gelingt es, die Kategorie "Reform" für die andere Seite zu instrumentalisieren, um den Arbeitsmarkt zu deregulieren, die sozialen Sicherungsinstitutionen auszuhöhlen und public goods zu privatisieren.

Die neo-liberale Definition von Krise meint Wachstums-, wohl eher Verwertungskrise des Kapitals. Die sozialen Einrichtungen geraten zu entweder nicht tolerierbaren Ausgaben für den Staat wie z.B. Bildungs- und Gesundheitswesen, oder zu nicht tragbaren Kosten für das Kapital wie z.B. Lohnnebenkosten oder Nachschichtzulagen, oder zu Wettbewerbshemmnissen (bzw. -vorteilen) auf den nationalen oder globalen Märkten wie z.B. staatlich finanzierte Dienstleistungen.

## b) Teilungsprinzipien

Ausgesprochen wirksame Effekte sind durch Teilungsprinzipien zu erzielen. Einteilungen von Menschen, Dingen oder Aktivitäten erscheinen für sich genommen gleichsam willkürlich. "Durch ihre Eingliederung in ein System homologer Gegensätze" erlangen sie "objektive und subjektive Notwendigkeit" (Bourdieu 2005: 18). Folglich werden Gegensatzpaare konstruiert wie z.B.: Arbeitsplatzbesitzer/Hartz IV-Empfänger, [5] Anständige/Abzocker; Deutsche/Ausländer; Weissis/Ossis; Junge/Alte; Experten/Laien. Die als Beispiele aufgeführten Gegensatzpaare sind sich ähnlich hinsichtlich ihres jeweiligen Unterschieds, dennoch "ist ihre Übereinstimmung groß genug, um sich in und durch das unerschöpfliche Spiel der praktischen Übertragungen und Metaphern gegenseitig zu stützen" (Bourdieu: ebd.). Andererseits sind die Gegensätze verschieden genug, um eine unterschiedliche Konnotation und ungleiche Bewertung zu gestatten, wodurch wirksame Effekte erzeugt werden können. Als Wahrnehmungsmuster bleiben derartige Gegensatzpaare im allgemeinen präreflexiv, sie werden aber dennoch inkorporiert und leiten schließlich den Habitus (man vergleiche die verbreitete Ausländerfeindlichkeit, oder Diskriminierung von Arbeitslosen). Gegensatzkonstrukte sind je akzeptierter und verbreiteter, desto mehr sie durch Reden von öffentlichen Autoritäten oder durch politische Maßnahmen, wie der aktuellen Arbeitsmarktpolitik, der Migrations- und Asylgesetzgebung, der Gesundheits- und Rentenreformpolitik legitimiert sind.

Zu den wirksamsten Herrschaftsprinzipien gehört die fast allgegenwärtige Einteilung der sozialen Welt in Geschlechter nach dem Gegensatz: männlich und weiblich. "Dieses Prinzip der Di-Vision, dass die Vision der Welt strukturiert, (gibt sich) nirgends auf so evidente und kohärente Weise zu erkennen wie in diesem extremen und deshalb paradigmatischen Fall eines sozialen Universums, in dem es durch die objektiven Strukturen und durch einen kollektiven und öffentlichen Ausdruck in einem fort verstärkt wird." (Bourdieu 1997: 156)

## c) Verkennungen

Verkennungen (Bourdieu) sind auch Formen symbolischer Macht. Immer wenn die Bedingtheiten sozialer, historischer Verhältnisse als solche ausgeblendet bleiben, können soziale Probleme, indem man sie mit dem Schein der Naturgegebenheit umgibt, ontologisiert werden, z.B. Frauen sind nun mal diejenigen, die Kinder gebären und dadurch gehandikapt, am normalen Arbeitsleben teilzunehmen. (Nach wie vor ein Bestandteil gesellschaftlicher Mythologie). Oder wenn historisch tradierte Charakteristika einer Bevölkerungsgruppe zu wesenhaften Eigenschaften umgedeutet werden, wie das z.B. im rechten, aber auch konservativem politischen Spektrum nach wie vor der Fall ist, wird der tatsächliche Sachverhalt als soziales Problem (Frauendiskriminierung oder Rassismus) verkannt. Die Ursachen sozialer Probleme erkennen zu können, würde eine Einsicht in ihre soziale und historische Relativität ermöglichen. Wenn soziale Verhältnisse als von Akteuren erzeugte begriffen werden, können sie auch als veränderbar erkannt werden.

Ein aktuelles Beispiel für Verkennungen ist der virulente Diskurs zur demografischen Situation in unserer Gesellschaft. Wie ein Phantom wird eine drohende "Vergreisung" in die Welt gesetzt und der Geburtenrückgang beklagt. Hier arbeiten Politiker, Experten Medien Hand in Hand: Die Alten, ihrer zu viele, leben auf Kosten der Jungen und die Jungen, zu egoistisch, um Kinder in die Welt zu setzen. Als quasi objektive Fakten für Argumentationsstränge dieses Diskurses gelten die Zahlen der demografischen Statistiken. Erkannt werden soll die "Vergreisung" als naturgegebenes biologisches Phänomen, das jegliche Vor- und Fürsorgesysteme finanziell überfordert. Der Diskurs produziert aber gleichzeitig ein Verkennen dessen, dass Probleme, sozialer und finanzieller Art, die durch eine wachsende Zahl alter Menschen tatsächlich entstehen, politisch zu bewältigen sind, indes wären alternative politische Konzepte und Strategien, anstelle gegenwärtiger Spar- und Privatisierungsmaßnahmen vorzunehmen. "Sofern die Fortpflanzungsrate der Menschen ... oder die zunehmende 'Vergreisung' der Gesellschaft ... ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rückt, spielen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Sinne größerer sozialer Gerechtigkeit bzw. Gleichheit (Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Erwerbsarbeit) nur eine Nebenrolle. Dies liegt ausschließlich im Interesse derjenigen Klassen, Schichten und Gruppen, die überversorgt bzw. privilegiert sind." (Butterwegge 2004: 55)

Das Prinzip Erkennen als Verkennung ist eine alte Diskursmethode: Anlässlich eines Besuchs in Siena fiel beim Betrachten der Fresken aus dem frühen 14. Jahrhundert von Ambrogio Lorenzetti auf, dass der Maler in seiner Darstellung Ursache und Wirkung vertauscht, um die besagten Diskurseffekte zu erreichen: nämlich eine "gute Regierung" sorgt dafür, dass sich das Gewerbe entfalten und der Handel florieren kann, sie bringt der Stadt Prosperität, auch die Landwirtschaft gedeiht. Könnte das Verhältnis nicht eher umgekehrt sein? Anders als Lorenzetti's Auftraggeber es wünschten? Eine "gute Regierung" kann sich erst auf der Basis eines einträchtigen Austausches zwischen Stadt und Land voll entwickeln. In der Gegenüberstellung auf dem Fresko, das die "schlechte Regierung" darstellt, sind die "schlechten" Handlungen der Menschen, wie Diebstahl, Mord, Zank und Streit und die dem entsprechenden Sanktionen zu sehen. Natürlich soll die Darstellung der "schlechten Regierung" mit deutlichen Verweisen auf die ewige Verdammnis, symbolisiert in vielen großen und kleinen hässlichen

Teufelchen, Angst erzeugen, einschüchternd und abschreckend wirken. In unsere Tage übertragen könnten Lorenzitti's Darstellungen so gelesen werden: Einer Regierung, die sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung stellen kann, ist es gelungen, ein Kräfteverhältnis zu erzeugen, indem die kritischen Stimmen ungestraft diffamiert und kaum zu Gehör gebracht werden können. Mit anderen Worten: eine "schlechte" Regierung dient den Interessen der reichen Minderheit immer dann, wenn die Mehrheit die politischen Prozesse nicht mitbestimmen kann.

Verkennungen sind diskursiv erzeugte Sichtweisen der sozialen Welt - entweder in aktuellen politischen Prozessen oder in traditionellen Überlieferungen.

### Repräsentation als Darstellung

Die Sprache ist allen noch so kunstvollen medialen Performancemöglichkeiten zum Trotz nach wie vor das prädestinierte und wichtigste Medium der Darstellung im politischen Feld. Hart umkämpft und zentrales Instrument, um Deutungsmuster zu produzieren. Diejenigen Kräfte, die Worte (Begriffe oder Statements) "besetzen" und ihnen den Inhalt ihrer politischen Optionen geben können, haben die Deutungsmacht über sie. Worte oder Begriffe existieren in der sozialen Welt nicht bedeutungsneutral oder "außerhalb" politisch sozialer Kontexte. Am Begriff Reform, dem im übrigen eine Schlüsselposition im neo-liberalen Kontext zukommt, wurde weiter oben im Text illustriert, welchen Bedeutungswandel ein Begriff, der ehemals für ein fortschrittliches Programm stand, in einem neo-liberalen Kontext erfährt.

Innerhalb weniger Jahrzehnte avancierte der Neo-Liberalismus zur lingua franca in globalem Maßstab - ein wirkungsvolles Darstellungsmonopol neo-liberaler Elitenetzwerke. Die zentralen (philosophischen) Glaubenssätze haben sich mit einem Anschein universal gültiger Kriterien, was sie bereits scheinbar legitimiert, längst im politischen (auch im wissenschaftlichen, kulturellen, vor allem journalistischen) Sprachgebrauch als Sichtweisen auf die sozialen Verhältnisse eingenistet.

Die Kategorie Globalisierung, als ein Synonym für ungehindertes "freies Spiel der Kräfte" weltweit, unabhängig von der Beschaffenheit oder der Vielfältigkeit lokaler Märkte, wird substantialisiert und damit jeglicher Kritik entzogen. Ähnlich wird mit der Kategorie Wettbewerb verfahren - als Wert an sich, von universaler Wirksamkeit - ist er bar jeglicher spezifischer ökonomischer oder sozialer Bedingungen und Voraussetzungen zu gewährleisten. (Die nationalen Kartellämter, Kommissionen der EU und der WTO sind die wichtigsten Schiedsinstanzen, die über die Einhaltung von Wettbewerbsprinzipien wachen, die insbesondere von den großen Kapitalzusammenschlüssen wie transnationalen Konzernen und Supramonopolen gefordert werden.)

Und schließlich als ein weiteres Beispiel sei die Kategorie Eigeninitiative angeführt - sie wird im neo-liberalen Kontext zur menschlichen Tugend schlechthin.

Was als universell postuliert wird, ist in Wirklichkeit partikularistisch. Die Kategorien der lingua franca resultieren aus den spezifischen historischen Gegebenheiten in den USA und traten während in der Ära der Reagan-Regierung ihren Feldzug um die Welt an, im Windschatten scheinbar neutraler internationaler Organisationen wie WTO, Weltbank, IWF, an den us-ökonomischen Industrie- und Finanzmärkten ausgerichtet.

Die lingua franca ist ein Instrument symbolischer Gewalt gegen alle, die nicht zu den Gewinnern und Reichen gehören, ob Individuen, Bevölkerungsgruppen oder kleine Länder. Symbolische Gewalt wird von denjenigen ausgeübt, die über symbolische Produktionsinstrumente verfügen. Die meisten internationalen ökonomischen Organisationen (wie Weltbank, WTO oder IWF) werden heutzutage von den USA dominiert. Auch ein Sprachsystem ist nie nur ein kommunikatives Ausdrucksmittel, sondern immer auch ein Instrument symbolischer Macht. (Es kann dies auch im Sinne der Aufklärung sein.) Vielfach wird unterschätzt, wie eng Politik und Sprache miteinander verknüpft sind. Insofern ist "in der Politik ... nichts realistischer als der Streit um Worte. Ein Wort an die Stelle eines anderen setzen, heißt (oftmals) die Sicht der sozialen Welt zu verändern und dadurch zu deren Veränderung beizutragen... In Bezug auf die soziale Welt ist die neo-kantianische Theorie, die der Sprache und allgemeiner den Repräsentationen eine eigene symbolische Wirksamkeit der Realitätskonstruktion zuschreibt, vollkommen begründet." (Bourdieu 1992: 84/85)

### Repräsentation als Stellvertretung

Obwohl der Schein ein anderes Bild vermittelt, sind die politischen Repräsentanten Sprecher einer Gruppe, die ihnen das Mandat für sie zu sprechen erteilt, mehr noch: eine Gruppe tritt nicht nur durch ihre Sprecher in der Öffentlichkeit in Erscheinung, sondern oftmals formiert sie sich als solche erst durch ihre Repräsentation im politischen Feld - sei es durch ihre inhaltlichen Manifestationen, sei es durch die personelle Repräsentanz ihrer Sprecher, wie das Beispiel der Linkspartei zeigt. Zwischen dem/den Sprecher(n) und einer Gruppe besteht eine Beziehung besonderer Art, die sich nicht lediglich in dessen/deren Wahl zum Mandatsträger(n), der/die "nur

seinem Gewissen verantwortlich" ist/sind, erschöpft, sondern zwischen Sprechern und Gruppe besteht ein metonymisches Verhältnis. Der Sprecher ist Part der Gruppe, "... der als Zeichen anstelle der Gesamtheit der Gruppe fungieren kann" (Bourdieu 1992: 177). Dieses besondere Verhältnis hat sich in einer historischen Zeit herausgebildet, als sich im Zuge der Klassenkämpfe die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als Organisationen der lohnabhängigen Arbeitermassen zu formieren begannen. Lange Zeit galt die Sozialdemokratie als die autorisierte Sprecherin der lohnabhängig arbeitenden Bevölkerung, deren einzelne Mitglieder, auf Grund ihrer sozialen Existenzbedingungen (und weil ihre Zahl sich rapide vergrößert hatte) nicht über die symbolischen Produktionsinstrumente verfügten, um einzeln für sich zu sprechen zu können, wie ehemals die adeligen oder bourgeoisen Mitglieder der französischen Generalstände.

Die Sozialdemokratie in Deutschland (oder die Arbeiterparteien in anderen Ländern) repräsentierte die politischen und sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung im politischen Feld; ihre parlamentarischen Delegierten, im Abgeordnetenhaus früher links platziert, waren die gewählten Sprecher ihrer Sache. Sie galten, und als solche wurden sie auch im politischen Feld wahrgenommen, als die Repräsentanten einer (sozialen) Reformprogrammatik, die darauf abzielte, die sozialen Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Heute dagegen mutmaßt sich die deutsche Sozialdemokratie als Vertreterin des "ganzen Volkes", oder als Partei der "Mitte"[6] und glaubt, als "staatstragende Kraft" die Interessen der Wirtschaft zu vertreten. Aus den Reformprogrammatiken werden die sozialen Aspekte eliminiert und zu neo-liberaler Modernisierung von gesellschaftlichen Institutionen, wie z.B. Gesundheits- oder Bildungswesen und Arbeitsmärkten umgedeutet. Die deutsche Sozialdemokratie trägt eine Mitverantwortung am Niedergang der demokratischen, linken Diskussionskultur in unserem Land und nicht nur der Zerfall klassischer Arbeitermilieus mit ihren spezifischen Kommunikations- und sozialen Netzstrukturen im Zuge um sich greifender Deindustrialisierung.

Sicherlich erschweren die neuen Wohnverhältnisse und vor allem auch die veränderten Arbeitsstrukturen die Möglichkeit, mit vielen Menschen aus der arbeitenden Bevölkerung in einen linken Diskussionsprozess zu kommen. Wer allerdings ausschließlich auf die Medien als Kommunikationsmedium setzt, hat gleich verloren (hierfür waren die Bundestagswahlen vom Herbst 2005 ein lehrreiches Beispiel für die großen so genannten Volksparteien). Aber die Probleme sind nicht unüberwindlich, wenn es gelingt neue Kommunikationsformen zu entwickeln. Soziale Bewegungen, zahlreiche Initiativen, Gewerkschaften und Linkspartei versuchen an verschiedenen Fronten erfolgreich, die hohen Mauern der Ausgrenzung durch den herrschenden Diskurs zu durchbrechen. Dennoch, auch für sie bleibt im Zentrum der politischen Repräsentation als Problem das sensible metonymische Verhältnis als eine Beziehung zwischen Professionellen und Laien. Einen ständigen Dialog zu organisieren, ist nicht einfach, dennoch notwendig für eine Repräsentation von Vorstellungen, die nicht nur eine Minderheit privilegieren, sondern die große Zahl der lohnabhängig arbeitenden Bevölkerungsgruppen, die sich nur über ihre Sprecher zu Gehör bringen können und deren Lebensbedingung sich umgekehrt nur dann zum Besseren wandeln können, wenn sie selbst in die Diskussionen einbezogen sind und an der Entwicklung der politischen Prozessen teilnehmen können. In anderen Worten: die Konstellation einer notwendigen Arbeitsteilung im politischen Feld allgemein und im parlamentarischen Kristallisationspunkt im besonderen - auf der einen Seite politische "Professionelle" und der anderen politische "Laien" (Bourdieu) - birgt immer die Gefahr einer Entfremdung der gewählten Abgeordneten von denjenigen, die sie beauftragt haben.

Die Professionellen sind im Besitz der symbolischen Produktionsmittel, sie repräsentieren die Laien, sie sind deren Sprecher - eine "Übertragung bei gleichzeitiger Enteignung von symbolischer Macht" (Bourdieu). (Die symbolische Macht der Laien ist ihre große Zahl). Bei den etablierten Parteien ist zu beobachten, dass sich die Kluft zwischen beiden Seiten seit Jahren vergrößert hat. Von Medien und zweckdienlichen Wissenschaftlern wird dies Phänomen als vermeintliches Desinteresse der Laien an Politik vermerkt, ohne je das strukturelle Problem des Verhältnisses zwischen beiden Seiten zu diskutieren. Das Monopol der politischen Diskussionen im politischen Feld besitzen die Professionellen, Journalisten, Intellektuelle. Sie "benennen" die politischen Probleme. Und die "Kommunikation" mit den Laien beschränkt sich im Wesentlichen auf die kurzen Phasen öffentlicher Wahlkampfauftritte, in den Zwischenperioden führen sie politische Diskussionen in und mit den Medien. Die Rolle der Medien hingegen beschränkt sich keineswegs auf eine neutrale, meinungsbildende Informationsvermittlung und Aufklärung über die Genese politischer Prozesse, sondern die spezifische Logik des Medienfeldes bestimmt die Berichterstattung in erster Linie. Die Medienauftritte von Politikern wiederum finden vor dem Hintergrund der Konkurrenzbeziehungen im politischen Feld statt, denn dort geht es immer um privilegierte Positionen in der Hierarchie des Feldes. Die strukturellen Konkurrenzbeziehungen provozieren geradezu individualistische Aktivitäten, die sich vor dem Hintergrund der politischen Gegenspieler in erster Linie um die subjektiven symbolischen Performanzen zentrieren. Auch hierbei spielen Medien eine wichtige Rolle - im Extremfall kreieren oder vernichten sie politische Karrieren. Statt eines aufwendigen Dialogs in den Niederungen der Parteistrukturen präferieren führende Politiker Einladungen in exklusive Presseclubs oder zu einflussreichen Elitenetzwerken. Die weltweit organisierten neo-liberalen Think Tanks vermitteln nicht nur inhaltliche Konzepte, sondern bei den diversen Einladungen und Zusammenkünften eher ganz beiläufig auch eine Empfindung für entsprechende politische Notwendigkeiten. Unsichtbare "Türsteher" allerdings prüfen, vor Einlass in die Elitezirkel, ob jeglicher sozialer Parteiballast vorher abgestreift, oder sich

gewerkschaftlicher und sozialer Bindungen entledigt worden ist.

Am Beginn eines neuen linken Aufbruchs - der nur im intelligenten Zusammenspiel von politischem Feld und außerparlamentarischen Aktivitäten seinen Schwerpunkt haben kann, sollte sich unser Augenmerk jenseits von eingeschliffenen, mehr oder weniger unhinterfragten, politischen und organisatorischen Traditionen auf die oben skizzierten Schwierigkeiten richten, mit denen auch wir konfrontiert sind.

### **Literatur**

Barth, Thomas/Oliver Schölller (2005): Der Lockruf der Stifter. Bertelsmann und die Privatisierung der Bildungspolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11

Böckelmann, Frank/Hersch Fischler (2004): Bertelsmann. Hinter der Fassade des Medienimperiums. Frankfurt/Main

Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur. Hamburg

Bourdieu, Pierre (1997): In: Dölling, Irene/Beate Kraus (Hrsg.), Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt/Main

Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Konstanz

Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt/Main

Butterwegge, Christoph (2004): Rückt die politische Mitte nach rechts? Schlussfolgerungen aus dem "Fall Hohmann". In: Forum Wissenschaft 1

Sennett, Richard (2005): Gespräch im Deutschlandfunk am 7. August (Manuskript)

Volpert, Walter (2005): Handeln, Können - Der Blick auf die individuelle Kompetenz. Eingeladener Einleitungsvortrag auf der 5. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen, 29.9.-1.10.2005, Universität Linz

### **Anmerkungen**

- [1] Eine Unterscheidung dieser drei Kapitalarten erscheint lediglich aus analytischen Gründen sinnvoll, de facto bilden sie ein eng verwobenes, sich gegenseitig begünstigendes Ensemble subjektiver Habitusformen. Politisches Kapital ließe sich definieren als die Kenntnis der Geschichte des politischen Feldes; soziales Kapital über ein Netzwerk von Beziehungen verfügen zu können, kulturelles Kapital bedeutet Besitz von Titeln, kultureller Kompetenz, auch von (Hoch-)Sprache und Sprechweise etc. und symbolisches Kapital schließlich die (gesellschaftliche) Anerkennung all dessen, was aufgeboten werden kann. Mit anderen Worten: ein Arzt wird nur als Autorität in Sachen Gesundheit akzeptiert, wenn er durch entsprechende Zertifikate in seiner beruflichen Kompetenz (symbolisch) legitimiert ist. Ein Priester kann z.B. nur dann (symbolisch) als Stellvertreter Gottes auf Erden wirken, wenn er kirchlich anerkannte Weihen empfangen hat. Über symbolisches Kapital verfügen auch gewählte Sprecher einer Partei, einer Gewerkschaft oder sozialen Initiative, je nachdem wie angesehen oder/und wie stark diese in zivilgesellschaftlichen Bereichen und außerparlamentarischen Bewegungen verankert sind, wie groß ihre Mitgliederzahl ist und wie viel Publizität die Organisation erreicht hat. Das symbolische Kapital eines Politikers resultiert u.a. vor allem aus der Position in der Hierarchie des politischen Feldes.
- [2] Die Bertelsmann-Stiftung ist die Unternehmungsstiftung des Bertelsmann Medienkonzerns, es größten Medienmultis Europas, des fünfgrößten weltweit. Mit der Gründung einer Stiftung zahlt der Konzern keine Steuern und kann einen Teil seine Gewinne am Fiskus vorbei in die Stiftung transferieren. Umgekehrt rentieren sich die Modernisierungen, die unter der Regie der Stiftung durchgeführt werden, auch in vielfacher Weise für den Konzern (vgl. auch Böckelmann/Fischler 2004).
- [3] Volpert (2005/4) schlägt vor, für den Begriff "Schemata" eher den Begriff "Muster" einzusetzen. Angebote sozialer Deutungen von Verhältnissen werden als Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster aufgenommen, nachgeahmt und in den Habitus einverleibt wird. Außerdem sind Muster als (relativ, J.K.) flexibel zu betrachten, weil sie sich verändern können.
- [4] Im übrigen war der Begriff "Reform" ursprünglich nicht nur eine sozialdemokratische Schöpfung, sondern stand auch für ihr programmatisches Konzept einer gesellschaftlichen Veränderung.
- [5] Das erinnerungsträchtige Abschiedsgeschenk von Expertenkommissionsvorsitzender Hartz und Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement.
- [6] Allein ein Versuch die Begriffe Volk oder Mitte zu definieren könnte demonstrieren, dass sich "Volk" nicht auf die nationale Komponente reduzieren lässt, außer man will ihn explizit nationalistisch verstanden wissen, und auch der Begriff "Mitte" ist in seiner sozialen Komponente nicht definitorisch präzise zu bestimmen.

Quelle: [https://www.wissentransfer.info/nc/unsere\\_themen/details/artikel/kampffeld-repraesentation/](https://www.wissentransfer.info/nc/unsere_themen/details/artikel/kampffeld-repraesentation/)